

# Dresdner Volkszeitung

Postamt: Leipzig.  
Adress: Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:  
Gehr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen monatlich 4,80 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-England M. 7,10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7 gespaltene Zeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 246.

Dresden, Montag den 21. Oktober 1918.

29. Jahrg.

## Die neue deutsche Note.

Berlin, 21. Oktober. (Kont.) Die deutsche Antwort auf die amerikanische Note vom 14. d. M. lautet wie folgt:  
Die deutsche Regierung ist bei der Annahme des Vorschlages zur Klärung der besetzten Gebiete davon ausgegangen, daß das Verfahren bei dieser Klärung und die Bedingungen des Waffenstillstandes der Beurteilung militärischer Ratgeber zu überlassen seien und daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis an den Fronten den Klärungen zugrunde zu legen ist, die es sichern und verhängen. Die deutsche Regierung gibt dem Präsidenten anheim, zur Regelung der Angelegenheit eine Gelegenheit zu schaffen. Sie vertraut darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Handlung gutheißen wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Abhängigkeit eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würde.

Die deutsche Regierung legt Verwahrung ein gegen den Versuch ungeschlichteter und unneutralisierter Handlungen, der gegen die deutschen Land- und Seestreitkräfte und damit gegen das deutsche Volk abzuwehren ist.

Verhandlungen werden zur Deckung eines Rückganges immer notwendig sein und sind insoweit völkerrätlich gestattet. Die deutschen Truppen haben strengste Disziplin, das Privateigentum zu schonen und für die Bevölkerung nach Kräften zu sorgen. Wo trotzdem Ausschreitungen vorkommen, werden die Schuldigen bestraft.

Die deutsche Regierung bekennt sich, daß die deutsche Marine bei Verletzung von Schiffen Rettungsboote nicht ihrem Pflichten abstrahieren darf.

Die deutsche Regierung schlägt vor, in allen diesen Punkten den Sachverhalt durch neutrale Kommissionen aufklären zu lassen.

Um alles zu verhindern, was das Friedenswerk erschweren könnte, sind auf Veranlassung der deutschen Regierung an sämtliche Unterseebootkommandanten Befehle ergangen, die eine Torpedierung von Passagierschiffen ausschließen, wobei jedoch aus technischen Gründen eine Gewähr dafür nicht übernommen werden kann, daß dieser Befehl jedes in See befindliche U-Boot vor seiner Rückkehr erreicht.

Als grundlegende Bedingung für den Frieden bezeichnet der Präsident die Beseitigung jeder auf militärischer beruhender Macht, die für sich autonomisiert und aus eigenem Willen den Frieden der Welt stören kann. Darauf antwortet die deutsche Regierung: Im Deutschen Reich stand der Volkswille von Anfang an auf der Seite der Verständigung und der Beseitigung eines Einflusses auf die Bildung der Regierung, die nicht unter der Bedingung der Zustimmung der Bevölkerung über Krieg und Frieden eine Entscheidung treffen kann. In diesen Verhältnissen ist ein grundlegender Wandel eingetreten. Die neue Regierung ist in völliger Übereinstimmung mit den Wünschen der Bevölkerung, allgemein, nehmen und werden Wahlrecht und dem gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht der Bevölkerung über Krieg und Frieden. Die Führer der großen Parteien des Reichstages gehören zu ihren Mitarbeitern. Auch künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten oder weiterführen, die nicht den Vertrauen der Mehrheit des Reichstages zu besitzen. Die Verantwortung des Reichstages gegenüber der Volkswelt ist durch die öffentliche Meinung und die öffentliche Meinung der Welt allgemein ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, dem Reichstage ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reiches dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volkswelt erforderlich ist.

Die Gewähr für die Dauer des neuen Systems ruht aber nicht nur in den gesetzlichen Vorschriften, sondern auch in dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes, das in seiner großen Mehrheit hinter diesen Reformen steht und deren energische Durchführung fordert.

Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unambigüös dahin beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die frei von allen weltlichen und unverantwortlichen Einflüssen getrieben wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes.

Berlin, den 20. Oktober 1918.

H. S. S. Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

### Wilson vor neuer Entscheidung.

Die deutsche Antwort auf Wilsons letzte Note hat ziemlich lange auf sich warten lassen. Wenn man diese Pause auf eine diplomatische Taktik zurückführen will, monoch Deutschland davon wollte, es sei ihm gar nicht so eilig, so ist das falsch. Wenn man plant, die Verzögerung sei auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung zurückzuführen, die erst mühsam hätten überwunden werden müssen, so ist das noch falscher. Das Zusammenarbeiten der in Betracht kommenden Ämter und Personen gestaltet sich bisher ganz ausgezeichnet, abgesehen davon, daß es noch ein wenig schwerfällig ist. Die Sorge, nur recht demokratisch und parlamentarisch zu verfahren, hat den Gang der Arbeit einigermaßen verzögert. Wenn wir uns in die neuen Verhältnisse erst etwas mehr eingelebt haben werden, dann wird man die Formen der Demokratie mit der Notwendigkeit früherer Entscheidungen besser verbinden können.

Es ist nicht die deutsche Antwortnote so gestaltet, daß sie sehr schnell zur Eröffnung der Friedensverhandlungen führen muß, wenn auch den Gegnern etwas davon gelesen ist.

zum Frieden zu gelangen. Der Ton ist ein ganz anderer als in früheren Zeiten, in denen auch in der Diplomatie die Militärmacht stark mitwirkte. Wilson hat sich über grausame Schiffsverletzungen und sinnlose Zerstörungen auf dem deutschen Rückzug beklagt. Jede frühere deutsche Regierung wäre diesen Beschwerden einfach mit der Erklärung entgegengetreten, der unbeschränkte U-Bootskrieg sei eine notwendige Abwehrmaßregel gegen die englische Blockade, und alles, was über Grensel der deutschen Truppen erzählt werde, sei Verleumdung. Die neue deutsche Regierung erhebt sich etwas höher über diese Dinge, sie geht auf die Beschwerden des amerikanischen Präsidenten ein und sichert, ohne sich damit alle Behauptungen des Gegners kritiklos zu eigen zu machen, gerechte Abhilfe zu.

Damit muß der unbeschränkte U-Bootskrieg, das System der wahllosen Torpedierung, sein Ende finden. Ein Unglückskapitel in der deutschen Geschichte ist damit abgeschlossen. Der unbeschränkte U-Bootskrieg hat nun bald zwanzig Monate gedauert, er sollte uns nach den Versicherungen der Führer in einem Drittel dieser Zeit den vollständigen Sieg bringen, er hat uns aber das Gegenteil davon gebracht. Wie jetzt unabweislich festgestellt ist, hat dieser Wahn im Februar 1917 hoffnungsvolle Ansätze zu einem guten Frieden perhor, zu einem besseren, als wir ihn heute haben können. Militärisch hat uns der unbeschränkte U-Bootskrieg nichts gebracht, aber ungeheuer viel geschadet, weil er Amerika zum Krieg gegen uns herausforderte, und die ungeheuren Hilfsmittel des fortgeschrittenen und reichsten Industrielandes der Welt unseren Gegnern zur Verfügung stellte. Es ist gerade umgekehrt gekommen, als die „Hachmänner“ prophezeit haben.

Der wirtschaftliche Schaden, der durch den unbeschränkten U-Bootskrieg angerichtet wurde, war militärisch nicht ausgleichbar. Wirtschaftlich trifft er aber nicht nur die Gegner, sondern auch uns. In dem Augenblick, in dem der freie Verkehr auf dem Meere wieder beginnt, werden auch wir unter der Verringerung der Welthandelsflotte und den dadurch erhöhten Frachtkosten, der verringerten Gesamtleistungsfähigkeit des Transports schwer zu leiden haben. Jedes weitere Schiff, das noch versenkt würde, wäre ein Schaden nicht nur für die Gegner, sondern auch für uns.

Die Verhältnisse, die auf dem Rückzug der deutschen Truppen beruhen, sollen auf das Maß des militärisch ganz Unvermeidlichen beschränkt werden. Selbstverständlich können wir die Verächtlichkeit der gegen die deutsche Kriegführung erhobenen Anklagen nicht ohne weiteres anerkennen. Aber es wird ebenso wenig eine unparteiische Untersuchung verweigert, wie an den bisherigen Methoden, sofern sie zu Verbesserungen berechtigen, festgehalten.

Ueber die Veränderungen, die die deutsche Verfassung in den letzten Wochen durchgemacht hat, wird freimütig Auskunft gegeben. Man zieht sich nicht mehr auf den Vorwand zurück, daß dies eine Sache sei, die fremde Völker nichts angehe. Man geht mit dieser veränderten Haltung willkürlich von der Voraussetzung aus, daß alle Länder am demokratischen Fortschritt in jedem Lande gleichmäßig interessiert sind und daß kein Land das Recht hat, Einrichtungen zu behalten, in denen andre eine Gefahr für das künftige gegenseitige Vertrauen und für die Erhaltung des Weltfriedens erblicken.

So spricht aus der deutschen Antwort an Wilson ein völlig veränderter Geist. Was gleich geschrieben ist, ist nur der Wille zur nationalen Selbsterhaltung, d. h. jetzt aber nicht mehr zur Selbsterhaltung regierender Klassen und veralteter Staatseinrichtungen, sondern zur Erhaltung des deutschen Volkes selbst. Wenn es den Gegnern ernst ist mit dem Frieden der Demokratie und der unparteiischen Gerechtigkeit, so liegt ein Weg vor ihnen offen, auf dem kein Hindernis mehr zu überwinden ist.

### Die Verzögerung der deutschen Antwort.

Die Veröffentlichung und Abhandlung der deutschen Antwort hat sich in letzter Stunde noch einmal verzögert.

Ueber die Gründe der Verzögerung laufen unbestimmte Gerüchte um. Die einen wurseln in der Meldung einer holländischen Quelle. Demnach soll die Entente angeblich von Holland die Abtretung der Scheldemündung an Belgien verlangt haben; Wilson habe sich diesem Vorhaben ebenfalls angeschlossen. Politische Kreise erblicken hierin, falls diese Nachricht bestätigt werden sollte, einen Verlust der Alliierten, Holland in den Krieg hineinzuziehen, um die Provinz Westflandern gegebenenfalls zu gewinnen. Die Post will sogar noch mehr wissen; sie schreibt: „Es hat sich gezeigt, daß die Annahme der 14 Punkte Wilsons durch die deutsche Regierung in Dänemark und die eventuelle Klärung Belgiens in Holland politische Schritte ausgelöst haben. Eine nochmalige Durckerörterung der Antwort wurde dadurch nötig.“ Gegenüber diesen Gerüchten wird in Berlin erklärt, daß die Verzögerung nicht auf diese vorläufig unkontrollierbaren Meldungen, sondern auf den Wunsch nach sorgfältiger Berathung zurückzuführen ist.

### Wilson's Antwort an Oesterreich-Ungarn.

wtb. Washington, 19. Oktober. (Reuter.) Folgend ist der Text der Antwort der Vereinigten Staaten auf die österreichisch-ungarische Note vom 4. Oktober, die in Amsterdam und anderswo am 5. und 6. Oktober veröffentlicht wurde, wie sie vom Staatsdepartement durch den schwedischen Gesandten in Washington an den Minister des Auswärtigen von Schweden gerichtet wurde:

Staatsdepartement, 18. Oktober 1918.

Wein Herr!

Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 7. d. M. zu bestätigen, worin Sie eine Mitteilung der I. u. I. Regierung von Oesterreich-Ungarn an den Präsidenten übermitteln. Ich habe jetzt den Auftrag vom Präsidenten, Sie zu erwidern, so freundlich zu sein, durch Ihre Regierung der I. u. I. Regierung folgende Antwort zu geben zu lassen:

Der Präsident hält es für seine Pflicht, der österreichisch-ungarischen Regierung zu erklären, daß er den gegenwärtigen Vorschlag dieser Regierung wegen gewisser Ereignisse von großer Bedeutung, die seit Abgabe seiner Adresse vom 8. Januar sich ereigneten und notwendigerweise die Haltung und die Verantwortlichkeit der Regierung der Vereinigten Staaten änderten, nicht in Betracht ziehen kann. Unter den 14 Forderungen, die der Präsident damals formulierte, kam folgende vor:

Den Völkern Oesterreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir gesichert und gesichert zu sehen wünschen, soll die freieste Gelegenheit zur Autonomieentwicklung gewährt werden.

Seit dieser Zeit geschrieben und vor dem Kongreß der Vereinigten Staaten anerkannt, daß der Friedenszustand zwischen den Tschecho-Slowaken und dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn besteht, und daß der tschecho-slowakische Nationalrat eine de facto freiführende Regierung ist, die mit der entsprechenden Autorität ausgestattet ist, die militärischen und politischen Angelegenheiten der Tschecho-Slowaken zu leiten. Sie hat auch in der weitestgehenden Weise die Gerechtigkeit der nationalen Aspirationen der Tschecho-Slowaken nach Freiheit anerkannt.

Der Präsident verfügt deshalb nicht länger über die Freiheit, die bloße „Autonomie“ dieser Völker als eine Voraussetzung für den Frieden anzuerkennen, sondern er ist gezwungen, darauf zu bestehen, daß sie, und nicht er, Richter darüber sein sollen, welche Aktion auf Seiten der österreichisch-ungarischen Regierung ihre Aspirationen und ihre Erfüllung von ihren Rechten und ihren Bestimmungen als Mitglieder der Familie der Nationen befreit.

Entsagen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner höchsten Verehrungen.

(Geg.) Robert Lansing.

Wenn schon die letzte Antwort Wilsons auf Deutschlands Waffenstillstands- und Friedensangebot Zweifel daran erwecken mußten, daß Wilson mit den Richtlinien seiner 14 Punkte ein unverrückbares Programm schaffen wollte, so wird die Antwort an Oesterreich-Ungarn das Misstrauen gegen Wilson erhöhen. Einen Tag nach der Umwandlung Oesterreich-Ungarns in einen Bundesstaat wirft der amerikanische Präsident dem Oesterreich der Erneuerung des neuen Verfassungsentwurfes gewissermaßen zerrissen vor die Füße. Die Sympathien der Entente für die Tschechen sind zu verstehen. Die slowakische Nation, die von deutscher Bevölkerung umschlossen in Böhmen sitzt, hat sich während des Weltkrieges mehr als Bundesgenosse unserer Gegner, denn als österreichischer Volkstamm erwiesen. Im letzten Stadium des Krieges kämpften tschecho-slowakische Truppenverbände in Rußland, Italien und Frankreich für die Entente. Wenn also Wilson zur Friedensbedingung machte, daß die Tschechen die völlige Selbstverwaltung erlangten, so wäre darüber weiter nichts zu sagen. Aber der gegenwärtig so mächtige Staatsmann, der das Selbstbestimmungsrecht der Völker zur Grundlage des kommenden Friedens zu machen gedachte, will die „tschecho-slowakische Regierung“ zum Richter auch über andre österreichische Völker erheben. Anders ist seine Antwort kaum auszulagen.

Man kennt die Forderungen der Tschechen: Sie gehen auf Beherrschung und Loslösung Böhmens von Oesterreich-Ungarn aus. Das würde bedeuten, daß die politischen Rechte von 2 1/2 bis 3 Millionen Deutschen, die in Böhmen und Mähren wohnen, vergewaltigt würden. Glaube Wilson, daß diese Lösung einen gerechteren Zustand schaffen würde, als er früher bestand? Wenn er das wirklich glaubt, dann ist er über europäische Dinge und über die Nationalitätenverhältnisse der Mittelstaaten höchst unzureichend informiert. Die Folge solcher Lösungen, wie sie die Tschechen fordern, würde in Oesterreich der Bürgerkrieg sein. Sofern es für die bisherige Donaumonarchie überhaupt einen Ausweg aus dem Nationalitätenwirrwarr gibt, dann nur durch eine Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die die Vergewaltigung einer Nationalität durch die andre bestritt.